

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

10.02.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Die Vergessenen von Lubmin</b> <i>DIE WELT, 10.02.2023</i> .....	3
2   <b>Endlagersuche: Wie lang darf Atommüll im Zwischenlager bleiben?</b> <i>ndr.de, 10.02.2023</i> .....	5
3   <b>Einladung zur Lesung: „Roter Strom“</b> <i>Bundesamt für Nukleare Sicherheit und Entsorgung, 10.02.2023</i> .....	6

## Die Vergessenen von Lubmin

### Es ist ein Rätsel: Wer steckt hinter dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee? Die Bürger in der vorpommerschen Kleinstadt fragen sich, warum darüber so wenig bekannt wird

Lubmin, drei Grad, Sturmböen: Thilo Siegert, der Betreiber des Fisch-Imbisses nahe der Seebrücke, öffnet nur, wenn die Windstärke es zulässt. Heute geht es noch, gerade so. An seinem Stand verkauft der 50-Jährige Matjes-Brötchen und Apfelpunsch, um die Eiseskälte zu vertreiben.

Auf Siegerts Basecap prangt das Logo des Zweitligisten "Hansa Rostock", auf der Rückseite seiner Arbeitskleidung der Schriftzug "Fischkopp". Siegert sagt, er habe Angst. Und mit dieser Angst sei er nicht allein. "Alle hier im Ort fürchten sich vor einem Krieg mit Russland", so der Fußballfan: "Mit denen sollte man sich gut stellen". Wer mit dem Caterer redet, ist schnell beim Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines vor mehr als 100 Tagen. Ob die Russen die Leitungen gesprengt haben? "Das traue ich denen nicht zu", sagt er und schüttelt den Kopf. Eine gezielte Aktion eines westlichen Staates, das ist es, woran er glaubt.

In dem 2100-Seelen-Ort am Greifswalder Bodden, knapp 60 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, sind die Leute in Aufruhr. Erst brach Krieg in der Ukraine aus, dann explodierten Pipelines in der Ostsee, jetzt liefern Schiffe aus aller Welt Flüssiggas nach Lubmin. Was denken die Einwohner? Man muss wissen, dass Lubmin keine irrelevante Kleinstadt im letzten Winkel der Republik ist, sondern ein bedeutender Anker für die Energieversorgung Deutschlands. Hier kommt das Gas an, das dann über Fernleitungsrohre ins ganze Land verteilt wird.

Vor gut elf Jahren wurde in Lubmin die deutsch-russische Pipeline Nord Stream 1 eröffnet, die bis zu 60 Milliarden Kubikmeter russischen Gases pro Jahr liefern konnte. Die Nord Stream AG feierte die Gasleitung als "Meilenstein für die europäische Versorgungssicherheit". Das Folgeprojekt Nord Stream 2 sollte das Fördervolumen von Nord Stream 1 verdoppeln - wegen des Ukraine-Krieges ging es jedoch nie ans Netz. Schon das hat die Menschen in Lubmin verstimmt.

Axel Vogt, 56 Jahre alt, Bürgermeister seit 2009, gehört dazu. Trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine forderte er die Öffnung von Nord Stream 2. Gemeinsam mit den Amtskollegen der neun umliegenden Gemeinden rief er die Landesregierung und den Landtag in einem offenen Brief dazu auf, den Betrieb von Nord Stream 2 zu genehmigen. Das war zwei Wochen vor dem Anschlag am 26. September 2022, der die beiden Stränge von Nord Stream 1 und einen Strang von Nord Stream 2 zerstörte. Wer die Leitungen gesprengt hat, ist bis heute ein großes Rätsel.

Ermittlungen sind schon seit Längerem im Gange. Auch Generalbundesanwalt Peter Frank ließ an den Explosionsstellen Wasser- und Bodenproben entnehmen. Für die Bundesregierung ist jedoch der Anschlag ein politisch so heikles Thema, dass sie die Öffentlichkeit über den Stand der Ermittlungen nicht informiert. Selbst Bundestagsabgeordnete erfahren nichts - angeblich aus Gründen des "Staatswohls". Ob es Beweise für eine russische Täterschaft gibt? "Das ist derzeit nicht belegbar, die Ermittlungen dauern an", sagte Frank kürzlich WELT AM SONNTAG.

Auch Vogt kann nur rätseln. Der in der Region bekannte Strafverteidiger ist nicht nur Bürgermeister von Lubmin, sondern auch Vorsteher des Zweckverbands "Energie- und Technologiestandort Freesendorf", zu dem der Industriehafen gehört. Dieser liegt drei Kilometer östlich der Seebrücke und wurde 2006 eingeweiht. Security-Mitarbeiter öffnen das Tor, Vogt empfängt den Reporter in einem Bürocontainer. Der Hafen ist eine Sperrzone, umfasst mit Zäunen und Stacheldraht, geschützt wie ein Gefängnis. Sogar Bundespolizisten sind auf dem Hafengelände stationiert.

Im Büro mit Blick aufs Wasser erzählt Vogt WELT, dass die Pipelines für die Gemeinde die größte Einnahmequelle gewesen seien. "Mit Nord Stream 1 haben wir 2,75 Millionen Euro pro Jahr an Steuereinnahmen erhalten", sagt er. Vogt erhoffte sich von Nord Stream 2

Beträge in einer vergleichbaren Größenordnung. Doch mit Beginn des Krieges war für Land und Bund der Traum vom großen Energiegeschäft mit Russland geplatzt. Mögliche Täter des Nord-Stream-Anschlags seien nicht nur dort, sondern auch im Kreis der westlichen Staaten zu suchen, vermutet Vogt.

Nach der Wende war er in die CDU eingetreten, verließ sie aber im Jahr 2021. Er kritisierte, dass der Staat sich "aus der Fläche zurückgezogen" habe. Damit sprach er vielen Bürgern aus dem Herzen. In der DDR, als das Kernkraftwerk "Bruno Leuschner" rund 10.000 Menschen beschäftigte, war der Ort gut angebunden. Heute fährt der letzte Bus ins 19,5 Kilometer entfernte Greifswald bereits um halb acht am Abend. Einer der Gründe, warum sich immer mehr Lubminer abgehängt fühlen. Von dem ehemaligen KKW sind nur noch eine Ruine und ein Zwischenlager übrig. Aber der Atom Müll ist nicht die einzige Umweltsorge der Lubminer. Seit die Bundesregierung der Deutschen ReGas die Einrichtung eines Flüssiggas-Terminals genehmigte, wird Protest laut.

Das verflüssigte Erdgas - auf Englisch "Liquefied Natural Gas" genannt, kurz "LNG" - soll das ausgefallene russische Pipeline-Gas ersetzen. Es wird seit Mitte Januar mit drei Shuttle-Schiffen pro Tag zum Spezialschiff "Neptune" transportiert, das im Lubminer Industriehafen vor Anker liegt. Dieses fungiert als provisorisches LNG-Terminal für Gas aus dem Nahen Osten und den USA. Die "Neptune" ist neben einer Anlage in Wilhelmshaven und in Brunsbüttel eines von drei deutschen LNG-Terminals.

Der Shuttle-Verkehr sorgt in Lubmin für Unmut. "Es ist ein Unding, durch eines der ältesten Landschaftsschutzgebiete Deutschlands jeden Tag drei Schiffe mit Flüssiggas zu schicken", beklagt sich Hausärztin Sabine Kropf. Während der Mittagspause findet sie die Zeit, mit WELT zu sprechen, denn sonst ist ihre Praxis bis auf den letzten Platz belegt. Ihren Hilferuf startete sie am 10. Januar. Kropf schickte ein Schreiben an den Petitionsausschuss des Landtags. Darin schrieb sie, dass sie neue "psychosomatische Beschwerden" bei ihren Patienten feststelle: Etwa Schlafstörungen, Panikattacken, Verlustängste. Denn sollte es zu einer Explosion auf den Tankern kommen, "egal ob durch eine Havarie oder einen terroristischen Angriff", könne auch das

Zwischenlager beschädigt werden. Auf dieses Horrorszzenario sei niemand vorbereitet.

Kropf erklärt, was die Anwohner von Anfang an störte: Die Entscheidung, ein LNG-Terminal einzurichten, sei über deren Köpfe hinweg getroffen worden. Die Landesregierung sagte der Ärztin Lärmschutzmessungen zu, doch ihr war das zu wenig. Deshalb reichte sie am 30. Januar eine Petition beim Landtag ein. Ihr Ziel: Die "Neptune" soll künftig auf offener See statt im Hafen liegen. Denn am stärksten litten die Anwohner unter der "Lärm- und Vibrationsbelästigung" durch die Tanker - vor allem in der Gemeinde Spandowerhagen direkt am Hafen. Erste Messungen gaben der Ärztin recht: Dort werde der erlaubte Lärmpegel nachts überschritten, heißt es in einer Mitteilung des Umweltministeriums vom 8. Februar. Für die Schiffe, so die Ärztin, fehle ein "angemessenes Brandschutzkonzept." Grundsätzlich forderte sie "mehr Kommunikation und Abstimmungen der Projekte mit den Bürgern der umliegenden Gemeinden." Ein "Mitentscheidungsrecht" sei nötig. Kropf sagt WELT: "Das Interesse der Bürger war überwältigend. Ich habe mehr als 1000 Unterschriften für meine Petition gesammelt."

Auch Katrin Krüger erfährt viel von den Ängsten der Bürger. Sie ist Pastorin der evangelischen Kirchengemeinde Lubmin-Wusterhusen. In der Petrikirche in Lubmin, einem der seltenen Kirchenneubauten der DDR, begrüßt sie den Reporter am Nachmittag vor dem Konfirmandenunterricht. Krüger erzählt, dass Gemeindeglieder sich vor allem am LNG-Terminal störten, weil darüber jetzt unter anderem Fracking-Gas aus den USA geliefert werde. Amerikanisches Gas hat in Mecklenburg-Vorpommern ohnehin einen schlechten Ruf. Immer wieder hieß es von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), es sei in seiner Gewinnung umweltschädlich und außerdem zu teuer.

Als Alternative versprach sie den Leuten russisches Pipeline-Gas. Doch am 14. Januar dieses Jahres lächelnte sie gemeinsam mit dem Kanzler in die Kameras, als das LNG-Terminal in Lubmin eröffnet wurde. "Schwesig hat bei beiden Projekten, bei Nord Stream 2 und bei LNG, gestrahlt. Ihr geht es nur um den guten Auftritt", empört sich die Pastorin. "So wird immer weiter zugunsten des Geldes gelogen. Hauptsache der Rubel oder der Dollar rollt."

## Endlagersuche: Wie lang darf Atommüll im Zwischenlager bleiben?

**Die Endlagersuche wird sich um mehrere Jahrzehnte verzögern. Der atomare Abfall wird damit viel länger in den Zwischenlagern bleiben. Doch deren Sicherheitsnachweise sind dafür gar nicht ausgelegt.**

In den niedersächsischen Zwischenlagern stehen aktuell 237 Behälter mit hochradioaktiven Abfällen. Die eine Hälfte davon befindet sich auf den Betriebsgebäuden der abgeschalteten Atomkraftwerke Unterweser und Grohnde und dem noch laufenden AKW in Lingen. Die anderen mehr als hundert Atommüllbehälter stehen im zentralen Zwischenlager in Gorleben. Diese Zwischenlager sind eigentlich nur als Übergangslösung gedacht, bis es ein Endlager gibt. Wenn das aber erst rund vier Jahrzehnte später fertig ist, werde das auch Folgen für die Zwischenlager haben, sagt Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) dem NDR.

### Sicherheitsnachweise nur für 40 Jahre ausgelegt

So seien etwa die Sicherheitsnachweise für die Zwischenlager nur für 40 Jahre ausgelegt gewesen. Man müsse deshalb nun überprüfen, wie lange man die hochradioaktiven Abfälle in solchen Zwischenlagern überhaupt unterbringen könne. Auch bei der Material-sicherheit der Behälter gebe es jetzt Forschungsbedarf, sagt König.

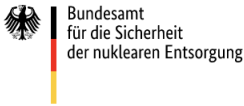
### Verliert der Prozess der Endlagersuche an Glaubwürdigkeit?


Der Entsorgungsexperte sieht noch ein weiteres Problem durch die längere Endlagersuche. Nämlich, wie

lange das Interesse der Bevölkerung über eine so lange Dauer aufrechterhalten werden könne. Das sei allerdings wichtig, damit die Menschen an dem Prozess der Endlagersuche beteiligt werden können. Das schreibt das Gesetz zwingend vor. Auch darum wäre es nach Ansicht von König nötig, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Vorschläge für mögliche Endlager-Standorte macht und die potenziell geeignete Fläche, die im Moment noch 54 Prozent Deutschlands umfasst, eingrenzt. Doch auch das wird sich nun verzögern. Entsorgungs-Experte und BASE-Präsident König findet das problematisch. Er befürchtet, dass der Prozess der Endlagersuche seine Glaubwürdigkeit verlieren könnte.

### König fordert Überprüfung von Zeitplan

Wolfram König hat nun vom Bundesumweltministerium die Aufgabe bekommen, den neuen Zeitplan zur längeren Endlagersuche zu überprüfen. Und vielleicht, so hofft König, könne man jetzt auch die Chance nutzen, sich den gesamten Prozess der Endlagersuche nochmal kritisch anzusehen und zu gucken, was besser laufen könnte. Der Bund müsse sicherstellen, dass Deutschland rechtzeitig ein Endlager mit den bestmöglichen Sicherheiten bekomme und dabei gleichzeitig im Blick behalten, dass die Zwischenlager keine dauerhafte Lösung sein könnten, sagt König weiter.



 Bundesamt für Nukleare Sicherheit und Entsorgung | 10.02.2023

 WEBLINK

## Einladung zur Lesung: „Roter Strom“

### Die Geschichte des Kernkraftwerkes Rheinsberg 1956 – 2000

Noch bis zum 15. April 2023 zeigt das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Zusammenarbeit mit der Universität Kassel eine Ausstellung zur Nachnutzung von Atomkraftwerken nach ihrer Abschaltung.

Am 22. Februar ist Dr. Sebastian Stude zu Gast in der Ausstellung und stellt seine Promotion „Roter Strom. Die Geschichte des Kernkraftwerkes Rheinsberg 1956 – 2000“ vor. Das dortige Kernkraftwerk war das erste industrielle Kernkraftwerk in Deutschland. Auch der Arbeiter- und Bauernstaat wollte am anbrechenden Atomzeitalter teilhaben und u.a. mit Hilfe dieser Energieform zu einem führenden Industriestaat aufsteigen. Seit 1995 ist die Anlage im Rückbau.

Sebastian Stude betrachtet in seiner Promotion die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen inklusive Verwerfungen und Ungleich-

heiten, die Bau und Betrieb des Kernkraftwerkes in Rheinsberg hervorriefen.

Termin der Lesung

*22. Februar 2023*

*17:00 Uhr bis 18:30 Uhr*

*Veranstaltungsort Berlin*

Bitte melden Sie sich bis zum 20. Februar 2023 an.

#### **Adresse**

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung

Wegelystraße 8

10623 Berlin